

Umstrittener Polizeieinsatz am Sonntag

Linke Politikerinnen werfen Polizei Machtdemonstration und Unterdrückung vor.

Ayse Turcan

Der Polizeieinsatz im Rahmen der unbewilligten Demonstration für Frauenrechte am Sonntag lässt die Wogen hochgehen. Während rechte Politiker mit dem Vorgehen der Einsatzkräfte zufrieden sind, kritisieren Demonstrantinnen und linke Parteien den Einsatz als unverhältnismässig und gewaltvoll.

Im Rahmen des nationalen Frauenstreik-Tags fanden am vergangenen Sonntagnachmittag verschiedene bewilligte Aktionen statt, mit denen Frauen auf ihre Anliegen aufmerksam machen wollten. Kurz vor halb vier Uhr trafen sich mehrere hundert Personen auf der Mittleren Brücke zu einer unbewilligten Kundgebung. Mit dabei waren auch Politikerinnen, darunter die SP-Grossrätinnen Jessica Brandenburger und Raffaela Hanauer. «Wir haben uns dazu entschieden, beim Protest dabei zu sein, um im Ernstfall zwischen Polizei und Demonst-

rantinnen zu vermitteln», sagt Hanauer zu ihrer Entscheidung, an der Kundgebung teilzunehmen. Nach etwa einer Stunde forderten die anwesenden Polizeibeamten die Versammelten auf, die Mittlere Brücke freizugeben. Daraufhin zog die Menge weiter in Richtung Unispital. Als die etwa 300 Personen auf der Johanniterbrücke eintrafen, ging plötzlich alles ganz schnell: Die Polizeikräfte sperrten die Brücke von beiden Seiten ab und kesselten die Demonstrierenden ein.

Polizeibeamte fotografieren alle Demonstrantinnen

Nun folgte ein Prozedere, das sich über mehrere Stunden hinzog und infolge dessen die Personalien aller sich auf der Brücke befindlichen Personen kontrolliert wurden. Doch nicht nur das: Die Beamten fotografieren alle Demonstrantinnen. Martin Schütz verteidigte das Vorgehen der Kantonspolizei, das dem Polizeigesetz entspreche: «Die

Bildaufnahme der kontrollierten Personen beschleunigen den Prozess der Personenkontrolle und dienen der klaren Zuordnung der Angaben. Die Bilder werden automatisch nach zwei

Jahren gelöscht.» Eine Vermittlung, wie Hanauer und Brandenburger sie vorhatten, konnte nicht wirklich stattfinden: «Ich wurde an den Armen gepackt, um mich zum Beamten zu brin-

gen, der meine Personalien aufgenommen hat, obwohl ich mich nicht gewehrt habe. Insgesamt mussten wir uns bei 12 verschiedenen Beamten vorstellen, bevor der Einsatzleiter zu einem

Gespräch bereit war.» Hanauer ist überzeugt, dass man mit einem männlichen Grossrat anders umgegangen wäre als mit ihr. Sie kritisiert auch den Umgang mit den Demonstrantinnen: «Man wollte ein Exempel statuieren und hat dafür diese kleine Gruppe von friedlichen Frauen und queeren Personen missbraucht. Das ist Machtdemonstration und Unterdrückung.» Das Justiz- und Sicherheitsdepartement bestreitet dies: «Personenkontrollen kommen bei unbewilligten Kundgebungen immer wieder vor», so Martin Schütz. Die Kontrolle am Sonntag sei zwar etwas grösser als auch schon ausgefallen, sei aber Teil der üblichen Vorgehenspraxis bei unbewilligten Kundgebungen.

Für Montagabend war erneut eine Demonstration geplant. Mit einer «Mahnwache gegen Polizeigewalt» sollte auf dem Marktplatz gegen den Einsatz vom Sonntag demonstriert werden.

Chronologie der Basler Demos

— **1. Mai:** Etwa 1000 Personen ziehen während der Hochphase des Lockdown durch die Stadt. Die Polizei greift «aus Gründen der Verhältnismässigkeit und um eine Eskalation zu verhindern» nicht ein.

— **9. Mai:** Rund hundert Menschen versammeln sich auf dem Marktplatz, um gegen die Massnahmen des Bundes gegen die Coronapandemie zu demonstrieren. Sie halten sich an die geltenden Abstandsregeln, die Polizei greift nicht ein.

— **16. Mai:** Erneut wollen sich Kritiker der Bundesmassnahmen versammeln. Die Polizei kündigt dieses Mal aber bereits im Voraus ein hartes Durchgreifen an und verzeigt nach der Demo 46 Personen.

— **16. Mai:** Zwar keine Demo, jedoch ein klarer Verstoß gegen die Auflagen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG): Mehrere hundert Personen feiern in der Steinenvorstadt die Wiedereröffnung der Bars. Die Polizei ist nicht präsent.

— **6. Juni:** 5000 Menschen protestieren unter dem Slogan «Black Lives Matter» auf dem Barfüsserplatz gegen Rassismus. Die Polizeibeamten halten sich während der Kundgebung im Hintergrund.

— **14. Juni:** Anlässlich des Frauenstreiks blockieren rund 300 Personen die Mittlere Brücke und ziehen später weiter. Die Polizei kesselt die Demonstrierenden auf der Johanniterbrücke ein und nimmt die Personalien aller Anwesenden auf. (ayt)

«Verehrung von «General Sutter» ist nur schwer nachvollziehbar»

Die Historikerin Rachel Huber kritisiert die Glorifizierung von Johann August Sutter im Baselbiet und schlägt ein Gegendenkmal vor.

Das weisse Laken, welches vergangene Woche das «General Sutter»-Denkmal in Rütenberg verhüllte, war mit Blutspritzern gesprenkelt, davor ein Schild: «Keine Denkmale für Sklav*innenhalter.» Die Baselbieter Jungsozialisten knüpften mit ihrer Aktion an einen Farbanschlag der Black-Lives-Matter-Bewegung auf eine Sutter-Statue im kalifornischen Sacramento an. Die Verehrung des gebürtigen Baselbieters Johann August Sutter, der 1834 in die USA ausgewandert war und als einer der Gründerväter von Sacramento gilt, beginnt auch bei uns zu bröckeln. Das fusst mitunter auf den Forschungen der aus Frenkendorf stammenden Historikerin Rachel Huber der Universität Luzern. Gegenüber der bz zeigt sie auf, wie problematisch die Glorifizierung Sutters ist – und wie schwer es ist, etwas daran zu ändern.

Was sagen Sie zur Aktion der Jusos in Rütenberg?

Rachel Huber: Es war clever, dass sie den Gedenkstein nicht zerstört oder mit Farbe verunstaltet, sondern ihn verhüllt haben. Ich als Historikerin bin gegen die Zerstörung von Denkmälern, denn sie sind eine historische Quelle und sagen nicht nur etwas über die dargestellte Person, sondern auch über die Zeit aus, in der sie errichtet wurden.

Die Jusos fordern nicht, dass der Stein entfernt, sondern dass er umgewidmet wird.

Die Aktion könnte einen Impuls geben, dass zum Beispiel die Beschriftung ergänzt und auf die dunklen Seiten von Sutter hingewiesen wird. Besser wäre aber, eine Art Gegendenkmal daraus zu machen, es also künstlerisch zu verändern und so eine weitere



Laken weg: Nur Efeu verdeckt noch den Sutter-Gedenkstein in Rütenberg. Bild: Nicole Nars-Zimmer (15.6.2020)

historische Schicht hinzuzufügen. Das wäre die Gelegenheit für die Politik, Historiker oder die Bürger von Rütenberg, sich einzubringen und sich damit vertieft auseinanderzusetzen.

Wie könnte das aussehen?

Im englischen Bristol rissen vor einer Woche Protestanten die Statue des Sklavenhändlers Edward Colston nieder und schmissen sie in den Fluss. Der Künstler Banksy schlägt vor, sie wieder aufzustellen, dazu aber neu den Akt des Niederreisens auch in Bronze zu verewigen.

Der Gemeindepräsident von Rütenberg, Peter Grieder, verurteilte gegenüber «Online-reports» die Verhüllung und sagte, dass General Sutter für ihn «immer eine gute Person war». Es sei eben eine andere Zeit gewesen.

Das ist eine problematische Haltung. Obwohl er meine Forschungen kennt, verteidigt er die Verklärung von Sutters Biografie. Nicht nur ich, auch renommierte amerikanische Historiker belegen, dass Sutter etwa ein Tauschgeschäft mit indigenen Frauen und Kindern aufbaute und mit

den Frauen auch sexuelle Handlungen vollzog. Sklavenhandel mag damals «normal» gewesen sein, doch Sutters Fokussierung auf Kinder und seine brutale Art wurden selbst von Weggefährten kritisiert und als skrupellos angesehen, wie eindeutig dokumentiert ist.

Sie rütteln an einem Baselbieter Helden. Werden Sie deswegen angefeindet?

Nach der Veröffentlichung meiner Arbeit vergangenen Dezember erhielt ich unzählige E-Mails von Empörten, die mir Schimpf

«Sutters Fokus auf Kinder und seine brutale Art wurden selbst von Weggefährten kritisiert.»



Rachel Huber
Historikerin Uni Luzern

und Schande sagten. Meistens sind es ältere Herren, so etwa der Autor Bernard Bachmann, der 2005 eine Sutter-Biografie herausbrachte. Er zeichnet das Bild eines Schlitzohrs und verarmt die dunklen Seiten Sutters. Sein Roman ist höchstens populärwissenschaftlich. Es spricht für sich, dass seine Beschwerde bei der Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte, die meine Arbeit geprüft und publiziert hat, bis heute nicht veröffentlicht wurde.

Wie erklären Sie sich die hiesige Verehrung von Sutter?

Sie ist nur schwer nachvollziehbar. So engagierte er sich nie wohlätig für seine alte Heimat in Liestal, Basel oder Rütenberg. Er blickte nie zurück. Und im postkolonialen Kontext gibt es gar keinen Grund für Glorifizierung. Schon in der Schweiz war Sutter eine gescheiterte Existenz, der vor dem Schulden- und Konkursgefangnis in die

USA flüchtete und seine Familie im Armenhaus zurückliess. Als Hochstapler landete er auch in den Staaten vor Gericht, flüchtete erneut und kam bloss zu Land, weil er ein Günstling des mexikanischen Gouverneurs wurde. Selbst das Goldnugget auf seinem Gut fand nicht er, sondern seine indigenen Arbeiter. Die meiste Zeit war Sutter alkoholisiert, weswegen er die Führung seiner Geschäfte interimistisch seinem Sohn überschrieb. Dieser war es, der zwecks Schuldentilgung die Landparzellen verkaufte und 1848 Sacramento mitbegründete – nicht sein Vater.

1987 sprach der Kanton Baselland 50 000 Franken an die Sutter-Statue in Sacramento und Liestal ging 1989 eine Städtepartnerschaft ein. Sollte Letztere nun überdacht werden?

Es steht fest, dass schon damals Kritik an Sutter im Landrat an die Regierung herangetragen worden war. Doch ich fordere nicht, dass die Städtepartnerschaft aufgelöst wird. Was es braucht, ist eine kritische Auseinandersetzung basierend auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft. Man muss die alten Spuren nicht verwischen, sondern sie ergänzen und umwerten. Auf der ganzen Welt ist ein Momentum gegen Rassismus da. Auch Baselland sollte an diesem globalen Diskurs teilnehmen.

Interview: Michael Nittnaus

«General Sutter» – die obskure Seite einer Schweizer Heldenerzählung

von Rachel Huber, publiziert in der Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte, Dezember 2019.